

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

Attacke aufs Sportamt

Das autonome Veranstaltungszentrum „Altes Sportamt“ in der Pauliner Marsch gerät in Bedrängnis – weil es vom Verfassungsschutz als Problemobjekt gelabelt wird



Aktuell verwaist, ist das Alte Sportamt sonst Ort von Feiern und Trainings, die den Verfassungsschutz irritieren
Foto: Michael Bahlo

Von **Benno Schirrmeister**

Die Weser rauscht und still liegt das Alte Sportamt. Corona hat die Saison des autonomen Veranstaltungszentrums gecancelt. Dennoch gibt es Unruhe, gestern fand sogar ein außerplanmäßiges Plenum statt. Auslöser war die aktuelle Berichterstattung – Aktivist*innen sprechen sogar von „Hetze“ – über eine Senatsantwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im *Weser-Kurier*.

Der zitiert angeblich aus dem Dokument Wertungen, die sich so in der Parlamentsdrucksache nicht finden und behauptet: „Die Stadt Bremen führt Gespräche mit dem Verein Klapstul über die weitere Nutzung des Alten Sportamtes.“ Das wird von beiden Seiten dementiert. Persönlich habe man sich nur „im Rahmen der üblichen Begehung ausgetauscht“, sagt Peter Schulz von Immobilien Bremen, die das Objekt verwalten.

Das Gebäude in der Pauliner Marsch dient seit fast zehn Jahren als selbst organisiertes Veranstaltungszentrum. Ein Vertrag existiert seit 2017, und tatsächlich schildert die Senatsantwort den Verein Klapstul, dem die Stadt die Location leihweise überlässt, entlang durchaus kiebiger Fragen als mustergültigen, fast schon spießigen Vertragspartner. So habe „in den letzten fünf Jahren das Ordnungsamt keine und die Polizei Bremen eine Beschwerde“ wegen lauter Musik verzeichnet, also: eine, in fünf Jahren, gegen

ein Veranstaltungszentrum. Das ist echt nichts.

Noch weniger Anlass zum Klagen gibt es baupolizeilich: Wie verabredet gibt es keine Heizkörper im Alten Sportamt. Der Termin für die jährliche Brandschutzbegehung war bei Redigat der Senatsantwort noch coronabedingt in der Abstimmung. Mittlerweile hat sie wohl stattgefunden – und wie in den Vorjahren keine Beanstandungen erbracht. Auch Wasser, Strom und Müll zahlen die Sportamtler pünktlich: „Verbindlichkeiten gegenüber Immobilien Bremen bestehen nicht“, so weit die Senatsantwort.

„Wir dürfen uns nicht zum Nachtwächterstaat degradieren lassen“

Thomas vom Bruch (CDU), MdBB

Das Hauptaugenmerk der CDU liegt aber ohnehin auf etwas anderem: Der Senat attestiert „einzelnen Nutzerinnen und Nutzern“ eine „Nähe“ zum linksextremistischen Milieu. Unter Vereinsmitgliedern, Sportamt-Nutzer*innen sowie Gästen „finden sich einzelne gewaltorientierte Linksextremisten“, heißt es in dem Papier. Das ist, was Innenpolitiker Thomas vom Bruch (CDU) umtreibt. „Selbstverständlich stellen wir die Fragen aus politischem Interesse, also im Hinblick auf mög-

liche Folgen.“ Man wolle wissen, „inwiefern ist das tolerabel, was sich dort abspielt“.

Anknüpfungspunkt dafür war der Bremer Verfassungsschutzbericht. Der hatte, mit eigentümlicher Nutzung der Anführungszeichen, das Alte Sportamt als Veranstaltungsort „der ‚linken‘ und linksextremistischen Szene“ bezeichnet. Relevant fand der Landesgeheimdienst, dass die Basisgruppe Antifa dort ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert hatte. Zudem erwähnt er ein Training, das im Vorfeld der „Ende Gelände!“-Aktionstage in der Lausitz stattgefunden haben soll.

Mindestens wäre das ein würdiger Anlass gewesen: Denn Neonazis hatten gedroht, die dortigen Anti-Braunkohle-Blockaden im November 2019 aufzumischen. Tatsächlich war dann auch eine mit Quartz-Handschuhen und Axtstielen bewaffnete Fascho-Gruppe festgenommen worden, die sich an eine Mahnwache heranzupirschen schien. Zudem gab es ungewöhnlich deutliche Hinweise auf rechte Unterströmungen in der zuständigen Landespolizei: Eine Gruppe von neun Beamten hatte sich vor einem Graffiti fotografiert, mit dem Rechtsradikale gegen die Proteste mobilisierten.

Die Sportamt-Leute sind basisdemokratisch organisiert. Repräsentativ- und Sprecher*innen-Funktionen gibt es nur auf geschäftlicher, nicht auf inhaltlicher Ebene. Manche mutmaßen, dass die Co-

rona-Vakanz strategisch für einen Angriff genutzt werden soll. Konsens aber ist: Man sieht sich diffamiert und kriminalisiert mithilfe des schwammigen Labels „Linksextremismus“.

Folgerichtig hat man den vom Senat unternommenen Vorstoß brüsk abgelehnt, in den Leihvertrag eine Klausel aufzunehmen, nach der das Leihobjekt Gruppen nicht überlassen werden dürfe, die der Verfassungsschutz des Extremismus bezichtigt. „Die völlig intransparente und oftmals willkürliche Einteilung des Verfassungsschutzes in vermeintliche Verfassungsfeind_innen und echte Demokrat_innen lehnen wir grundsätzlich ab“, heißt es in einer Stellungnahme. Bei einer Unterredung war der Sachverhalt geklärt. „Der Senat wird diese Entwicklung weiterhin äußerst kritisch beobachten“, heißt es nun.

Das dürfte Thomas vom Bruch nicht reichen. Es sei noch zu früh für ein abschließendes Urteil, sagt er. Aber, „die Tendenz bei uns ist, dass wir das nicht für hinnehmbar halten“. Man dürfe sich „nicht zum Nachtwächterstaat degradieren lassen, der noch unterstützt, wenn Leute etwas gegen die Verfassung unternehmen“.

Das Alte Sportamt sieht sich eher als Enklave, in der „Menschen sich frei von Kontrolle selbst organisieren, sich austauschen und diskutieren können“. Man lasse sich weder spalten noch einschüchtern im Kampf „für eine solidarische herrschaftsfreie Gesellschaft“.

das egal-ob-im-wasser-oder-nicht-wetter

Die Freibäder sind zwar zu (s. u.), aber es gibt ja noch die Seen. Vier davon haben ein Blaualgen-Problem, aber alle sind zwischen 20 und 21 Grad warm – analog zur Außentemperatur. Also rein, denn nass wird man draußen heute sowieso auch

Kommentar von **Benno Schirrmeister** über den Extremismus-Fehlalarm

Förderwürdiges Zentrum

Was konkret wirft der Senat dem Alten Sportamt vor? Dass sich unter seinen Nutzern und Gästen „einzelne gewaltorientierte Linksextremisten“ befinden? Wow, wie dürftig! Wenn das Theater Bremen oder irgendwelche Kultur- und Sportvereine beobachtet würden, ergäbe sich möglicherweise dasselbe Bild. Und dennoch dient dieses Pseudo-Ergebnis der Stimmungsmache gegen die Einrichtung in der Pauliner Marsch. Das ist erbärmlich.

Denn aus den Bezeichnungen des Verfassungsschutzes, die der Senat per Copy & Paste in die Antwort geschubst hat, ergibt sich kein Hinweis darauf, dass in dem autonomen Zentrum Straf- oder gar Gewalttaten vorbereitet würden. Im Gegenteil: Um der Geburtstagsfeier der Basisgruppe

Antifa etwas Anrühiges zu verleihen, griff schon der Verfassungsschutzbericht auf eine hermeneutisch unzulässige Auslegung eines Kurz-Zitats aus einem langen taz-Gespräch von 2017 zurück. Auch die meist auf der Website des Alten Sportamts beworbenen Aktionstrainings für Klimademos sind weder geheim noch schlimm; sie sorgen dafür, dass die oft jugendlichen Teilnehmer*innen sich bei der Ausübung ihrer Grundrechte nicht leichtsinnig in Konfrontationen stürzen.

Dass sie ihr politisches Engagement nicht mit körperlichen Verletzungen bezahlen, sollte im Interesse der Allgemeinheit sein. Insofern wäre zu fragen, ob der Staat hier nicht in die Förderung einsteigen müsste. Aber keine Angst: Die wollen gar kein Geld.

Digital statt repariert

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum Bremerhaven entwickelt ein 3-D-Modell der „Seute Deern“

Die „Seute Deern“ soll in einem 360-Grad-Modell verewigt werden. Das teilte das Deutsche Schiffahrtsmuseum Bremerhaven am gestrigen Donnerstag mit.

Dem Museum stehen für die digitale denkmalpflegerische Dokumentation 267.000 Euro Bundesmittel zur Verfügung. Mit dem Geld sollen auch Schiffsobjekte wie etwa die Galionsfigur restauriert werden. Wann das 3-D-Modell fertig sein wird, ist noch unklar.

Zum größten Teil sei das Schiff bereits mit einem Laserscanner vermessen worden, so der Projektleiter. Einiges könne erst während des Rückbaus gescannt werden. Wann der beginnt, steht noch nicht fest. Das Abwracken kostet drei Millionen Euro.

Die „Seute Deern“ gehört zur Flotte des Schiffahrtsmuseums. 2019 brach erst ein Feuer an Bord aus, später sank das Schiff. Nun liegt der Rumpf in einem Sandbett im Museumshafen. (dpa/taz)

weltschmerz auf der hühnerleiter



DANKE CORONA!

nachrichten

Endlich wieder warmes Wasser

Nach fast zwei Monaten ohne Gasversorgung haben die BewohnerInnen der Neuwieder Straße 3 in Tenever wieder warmes Wasser. Nach einem Brand hatte der Eigentümer des Hauses Anfang Juli die Gasversorgung des Hauses kappen lassen (*taz berichtete*). Nach Protesten der BewohnerInnen und des Ortsamtes hatte das Ordnungsamt dem Eigentümer ein Ultimatum gestellt, bis Ende August die Mängel zu beseitigen, sonst drohe ein Zwangsgeld und im äußersten Fall eine teilweise Unbewohnbarkeitsklärung des Hochhauses. (*taz*)

Nominierung für die ZZZ

Die „ZwischenZeitZentrale“ (ZZZ) wurde für den Deutschen Nachbarschaftspreis 2020 nominiert, als eines von 107 Projekten aus über 900 Bewerbungen. Der Preis der Stiftung „nebenan.de“ zeichnet nachbarschaftliches Engagement aus, ist mit insgesamt 58.000 Euro dotiert und wird auf Landes- und Bundesebene vergeben. Die Verleihung findet am 10. November statt. (*taz*)

Motschmann bleibt Vorsitzende

Weitere zwei Jahre bleibt Elisabeth Motschmann Vorsitzende der Frauen-Union Bre-

men. Mit 57 von 92 Stimmen setzte sie sich gegen Mitbewerberin Miriam Benz durch. Motschmann sitzt für die CDU Bremen im Bundestag und ist dort medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion. (*taz*)

Ende der Freibadsaison

Als letztes Bremer Freibad schließt für diese Saison nun auch das Stadionbad. Als Hallenbäder stehen das Westbad, Schlossparkbad und Freizeitbad Vegesack zur Verfügung. Tickets gibt es nach Registrierung online, bis 11 Uhr vormittags an den Bädereassen oder im „Bäder-Shop“ bei Karstadt Sports. (*taz*)